

Redaktionsschluss: 7. September 2009

Nr. 17/09

## INHALT

### ***INNENPOLITIK ■ EUROPA***

Österreich lockert Bankgeheimnis  
Arbeitslosigkeit gestiegen – Neue Maßnahmen für mehr Beschäftigung  
Innenministerin Fekter gegen EU-Strategie zur Flüchtlingsaufnahme

### ***EUROPA ■ INTERNATIONAL***

70 Jahre Zweiter Weltkrieg – Kanzler Faymann: „Niemals vergessen“  
Landminen: „Genfer Konferenz“ unter Vorsitz Österreichs  
30 Jahre Wiener UNO-City: Festakt mit Ban Ki-moon

### ***WIRTSCHAFT***

AUA endgültig unter Fittichen der Lufthansa – Vertrag unterzeichnet  
OeNB verbessert Prognose: Leichtes Wirtschaftswachstum für 2010  
voestalpine: Ende der Kurzarbeit

### ***KULTUR ■ MEDIEN ■ WISSENSCHAFT***

Ministerin Bures will kleine und mittlere Unternehmen massiv fördern  
Minister Hahn forciert verbindliches Gesetz zur Forschungsfinanzierung  
Wiener Kulturförderung kurbelt die Wirtschaft an, schafft Arbeitsplätze  
Linz 2009: „See this Sound“ – Sensationelle Ausstellung im Lentos  
Trauer um Paul Grosz  
3raum-anatomietheater: Faszinierender Oscar Wilde in Kramars Regie

### ***SPORTPOLITIK***

Sportminister Norbert Darabos begrüßt Generationswechsel im ÖOC  
Minister Darabos beruft Gesprächsrunde zu Stadion Klagenfurt ein  
In Memoriam Toni Sailer – Minister würdigt Jahrhundertssportler  
Schöne Erfolge für unsere Segler

#### IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz,  
Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958,  
Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundestkanzleramt.at>; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet.  
Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

## Österreich lockert Bankgeheimnis

Der Nationalrat hat in einer Sondersitzung am 1. September das so genannte Amtshilfe-Durchführungsgesetz beschlossen. Damit wird das Bankgeheimnis für im Ausland Steuerpflichtige gelockert und einer ultimativen Forderung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entsprochen. Für Finanzminister Josef Pröll ist das „Plansoll“ zur Streichung Österreichs von der „grauen“ OECD-Liste der Steueroasen nunmehr erfüllt, zumal mittlerweile auch die erforderlichen 12 Doppelbesteuerungsabkommen mit anderen Staaten paraphiert und zwei davon bereits unterschrieben seien. Dies unterstrich Pröll auch bei einem informellen Treffen der EU-Finanzminister am 2. September in Brüssel. Möglicherweise werde die OECD Österreich noch vor dem G20-Gipfel in Pittsburgh (24./25. September) von der Liste der Steuersünder streichen, zeigte sich Pröll nach der Sitzung mit seinen 26 EU-Ressortkollegen optimistisch.

Bei der Lockerung des Bankgeheimnisses geht es im Kern darum, dass ausländische Behörden in begründeten Verdachtsfällen leichteren Zugriff auf Daten österreichischer Banken erhalten. Voraussetzung dafür ist, dass die Verdächtigen hierzulande nicht versteuern. Der Schutz des Bankgeheimnisses für Inländer bleibt gewahrt.

Derzeit ist Österreich das einzige EU-Land auf der „grauen Liste“ jener Länder, die sich zwar zu einer Zusammenarbeit im Kampf gegen Steuerhinterziehung bekannt haben, die OECD-Standards aber noch nicht umgesetzt haben.

Für Österreich ist die Streichung von dieser Liste nicht zuletzt deshalb so wichtig, weil die Europäische Investitionsbank (EIB) ab April 2010 keine Projekte mehr kofinanzieren will, die aus Staaten auf dieser Liste stammen. Das hätte schwerwiegende Konsequenzen für den Wirtschaftsstandort und Österreichs Ost-Engagement. ■

## Arbeitslosigkeit gestiegen – Neue Maßnahmen für mehr Beschäftigung

Laut Sozialminister Rudolf Hundstorfer konnte der Anstieg der Arbeitslosigkeit im August zwar „leicht gebremst werden“, doch generell ist auf dem heimischen Arbeitsmarkt weiterhin keine Entspannung in Sicht: Ende August lag die Zahl arbeitslos gemeldeter Menschen – ohne Schulungsteilnehmer – bei 238.803, was im Jahresabstand ein Plus von 29,8 % bedeutet. Im heurigen

Juli hatte es allerdings noch um 30,1 % und im Juni gar 33 % mehr Arbeitslose gegeben.

Schulungen des Arbeitsmarktservice (AMS) besuchten im diesjährigen August 57.694 Personen – gegenüber dem Vorjahresmonat eine deutliche Erhöhung um 42,8 %. Damit waren insgesamt knapp 300.000 Menschen in Österreich ohne Job. Noch immer 50.000 Arbeitssuchende zu viel, doch „die Kurve zeigt nach unten“, so Hundstorfer. Die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, aber auch die Konjunkturpakete würden greifen. Im August habe man um 19,2 % oder 5.082 Personen mehr Jobs vermittelt als im Vorjahresmonat. Insgesamt hätten 31.545 Arbeitslose Arbeit gefunden. Auch die Jugendarbeitslosigkeit sei unterdurchschnittlich angestiegen und es gebe weniger Lehrstellensuchende. Somit seien erste Anzeichen für eine Stabilisierung des Arbeitsmarktes zu erkennen, meinte der Sozialminister. Im europäischen Vergleich liege Österreich nach wie vor gut. Die Arbeitslosenquote betrage nach Eurostat 4,4 %, der zweitniedrigste Wert in ganz Europa. Der EU-Durchschnittswert betrage 8,9 %. In Kraft getreten seien ab 1. September weitere Maßnahmen zur Sicherung bzw. Schaffung tausender Arbeitsplätze, darunter ein erleichterter Zugang zur Altersteilzeit sowie die Förderung von Einpersonenernehmen (EPU). Nehmen EPU erstmalig Beschäftigte auf, zahlt das AMS für ein Jahr die Sozialversicherungsbeiträge des Dienstgebers. Dadurch könnten bis zu 6.500 neue Arbeitsplätze entstehen, erklärte Hundstorfer. Zudem schaffe das kommunale Beschäftigungspaket heuer und nächstes Jahr Jobs für rund 4.800 Langzeitarbeitslose. Diese können für ein Jahr im kommunalen oder gemeindenahen Bereich beschäftigt werden. ■

## Innenministerin Fekter gegen EU-Strategie zur Flüchtlingsaufnahme

Innenministerin Maria Fekter hat die Teilnahme Österreichs an einem gemeinsamen EU-Programm zur Neuansiedlung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge aus Drittstaaten – zumindest für absehbare Zeit – ausgeschlossen. Mit 13.000 Asylanträgen im Jahr 2008 gehöre Österreich nach wie vor zu den „am stärksten belasteten“ EU-Mitgliedstaaten, wird argumentiert.

Geht es nach dem Willen der EU-Kommission, sollen EU-Länder künftig mehr schutzbedürftige Flüchtlinge aufnehmen, größere Solidarität mit Drittstaaten zeigen und sich auf freiwilliger Basis an entsprechenden Programmen beteiligen. ■

## 70 Jahre Zweiter Weltkrieg – Kanzler Faymann: „Niemals vergessen“

Österreichs Politiker haben am 1. September anlässlich des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs vor 70 Jahren der Opfer und Widerstandskämpfer gedacht, gleichzeitig aber auch zu Wachsamkeit und Fortentwicklung der demokratischer Grundwerte aufgerufen. Bundespräsident Heinz Fischer hob in einem Tagesbefehl an das Bundesheer hervor, dass es auch „tapfere Soldaten und Offiziere gegeben hat, die den Unrechtsgehalt und den verbrecherischen Charakter des nationalsozialistischen Regimes erkannt und ihrem Gewissen folgten, indem sie versuchten, Widerstand zu leisten oder sich zumindest dem Dienst in der Hitler-Armee zu entziehen“. Viele hätten dies mit ihrem Leben bezahlt. Das österreichische Bundesheer berücksichtige die Lehren der Geschichte, es „ist ein Verteidigungsheer und ein Friedensheer“, betonte das Staatsoberhaupt in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber.

Bundeskanzler Werner Faymann, der am Nachmittag des 1. September an einer internationalen Gedenkfeier in Danzig (1939: deutscher Überfall auf Polen) teilnahm, erinnerte in einer Presseerklärung an die unbeschreiblichen Gräueltaten dieses „aggressiven und menschenverachtenden Krieges“ mit weit über 50 Millionen Toten.

Der Niedergang der Demokratie im Inneren habe „in den Konzentrations- und Vernichtungslagern des Dritten Reiches eine bestialische Fortsetzung erfahren. Der Krieg und die industrielle Menschenvernichtung im Dritten Reich bleiben trotz vieler furchtbarer Geschehnisse in der Geschichte ohne jeden Vergleich“. Den Nachkommen von Opfern und Verfolgten versprach Faymann, „nie zu vergessen und den Anfängen zu wehren“. Die Sicherung und Weiterentwicklung der Demokratie sowie die Fortsetzung des Friedensprojektes Europa seien nicht nur ein politisches Ziel, sondern „auch unsere Verpflichtung“, betonte Faymann.

Verteidigungsminister Norbert Darabos unterstrich, dass sich das Militär seiner – auch mit dunklen Flecken behafteten – Geschichte stellen müsse. Vieles sei hier schon passiert, einiges noch zu tun, erklärte Darabos. ■

## Landminen: „Genfer Konferenz“ unter Vorsitz Österreichs

Unter erstmaligem Vorsitz Österreichs ist am 2. September bei der „Genfer Konferenz“ der

Bericht über die Opfer von Landminen („Voices from the Ground“) präsentiert worden. Außenminister Michael Spindelegger sprach von der „globalen moralischen Verpflichtung, zu helfen, wo wir können“. Dieser Bericht über das Schicksal von Minenopfern lasse „niemanden kalt“.

Die vorgestellte Studie biete zum ersten Mal die Möglichkeit, die Stimmen der Opfer zu hören, erklärte Judith Majlath, Direktorin der Österreich-Sektion der „Internationalen Kampagne für das Verbot von Landminen“ (ICBL). Zu Wort kommen 1.600 Minenopfer, deren Aussagen der Opferhilfe vor Ort ein ernüchterndes Zeugnis ausstellen. Demnach gibt es in vielen Empfängerländern Korruption und geringen politischen Willen, sich um die Opfer tatsächlich zu kümmern. Diesen müssten vor allem Jobs zur sozioökonomischen Reintegration und gesellschaftlichen Akzeptanz verschafft werden, betonte Majlath. Besonders benachteiligt seien Frauen mit Amputationen, die häufig von ihren Ehemännern verlassen würden und suizidgefährdet seien.

Österreich gilt als eines der führenden Länder bei der Vorbereitung und Umsetzung des Verbots von Landminen, der so genannten Ottawa-Konvention, die 1999 in Kraft getreten ist und von fast 160 Staaten ratifiziert wurde. Während Österreichs Vorsitz im UN-Sicherheitsrat im November will Spindelegger zudem einen besonderen Schwerpunkt auf den Schutz von zivilen Personen in bewaffneten Konflikten lenken.

2008 hat die Austrian Development Agency (ADA) verschiedene Hilfsprojekte für Minenopfer in Bosnien-Herzegowina, Burundi, Mosambik, Sudan, Äthiopien, Georgien und Afghanistan mit rund 1,9 Mio. Euro unterstützt. Für 2009 werden insgesamt 1,2 Mio. Euro veranschlagt. ■

## 30 Jahre Wiener UNO-City: Festakt mit Ban Ki-moon

Bei einer Festveranstaltung zum 30-jährigen Bestehens des Vienna International Center (VIC), der UNO-City, am 28. August in Wien betonte UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon, wie wichtig es für Mensch und Erde sei, dass die Weltklimakonferenz in Kopenhagen im Dezember ein Erfolg werde. Österreich sei ein wichtiges UNO-Mitgliedsland, um die Ziele der Vereinten Nationen zu verfolgen. Ban dankte Österreich für die „Ressourcen, Ideen und das Arbeitspotenzial“, die man der UNO zur Verfügung stelle. Österreich profitiert vom UNO-Sitz Wien mit rund 400 Mio. Euro jährlich. ■

## AUA endgültig unter Fittichen der Lufthansa – Vertrag unterzeichnet

Die Austrian Airlines (AUA; 1957-2009) sind nun endgültig Teil des deutschen Lufthansa-Konzerns. Nachdem Brüssel bereits am 28. August verbindlich grünes Licht für den Deal gegeben hatte, haben Lufthansa und die (staatliche) Österreichische Industrieholding AG (ÖIAG), bisher Haupt-eigentümerin der AUA, am 3. September die Übernahme besiegelt. In Anwesenheit der beiden AUA-Vorstände Peter Malanik und Andreas Bierwirth haben Lufthansa-Boss Wolfgang Mayrhuber und ÖIAG-Chef Peter Michaelis am Wiener Flughafen die Übergabe der Aktien symbolisch vollzogen. Die Lufthansa hält nunmehr über 90 % der AUA-Aktien.

Die Kranich-Airline wird damit zur größten Luftfahrtgesellschaft Europas. Die AUA soll weiterhin als eigenständiges Unternehmen mit besonderem Profil und als Marke erhalten bleiben. Ziel sei es, schon nächstes Jahr „cash positiv“ zu sein und die AUA in zwei bis drei Jahren auch wieder in die operative Gewinnzone zu bringen, betonte Lufthansa-Chef Mayrhuber: „Wir wollen rote Uniformen, aber keine roten Zahlen.“ Der Turnaround werde dem Unternehmen allerdings noch einiges abfordern, sagte Mayrhuber, ohne Details zu nennen. Im ersten Halbjahr 2009 wurde ein Betriebsverlust von 161,6 Mio. Euro verzeichnet.

Weitere Sparmaßnahmen seien speziell in der aktuellen Situation „eine permanente Aufgabe“, bekräftigten auch die AUA-Vorstände Malanik und Bierwirth. Beide bleiben auch nach dem Closing an Bord. (Den Vorsitz im neuen Aufsichtsrat übernimmt Lufthansa-Vorstand Stefan Lauer.) Wie die Integration der AUA in den Lufthansa-Konzern genau vor sich gehen soll, will man im Oktober bekanntgeben. Das Streckennetz werde man selektieren, die „Breite“ jedoch erhalten.

Die Restrukturierungsphase ist im Gange. Mehrere Sparpakete wurden bereits auf den Weg gebracht. Bis zum Jahr 2011 soll ein Kostenvolumen von 200 Mio. Euro nachhaltig eingespart werden. Der Sparkurs wird vor allem den Personalstand betreffen. Bis 2010 soll dieser von derzeit 7.500 auf 6.500 Mitarbeiter sinken.

Der Kaufpreis für die AUA beträgt rund 166 Mio. Euro: Den freien Aktionären (knapp 40 Mio. Aktien) hat die Lufthansa 4,49 Euro je Aktie geboten. Ein Großteil hat das Angebot angenommen. Eine Nachfrist gilt bis 9. September. Die Wiener Börse hat die AUA wegen des nun zu geringen Streubesitzes bereits aus dem ATX genommen.

Die mit der Privatisierung der AUA beauftragte Staatsholding ÖIAG erhält für ihren 41,56-Prozent-Anteil den symbolischen Betrag von 366.268,75 Euro (ein Cent pro Aktie). Dafür übernimmt die Lufthansa den Großteil der AUA-Lasten von insgesamt 1,5 Mrd. Euro, erhält allerdings den von Brüssel bewilligten 500 Mio.-Euro-Zuschuss der Republik Österreich als Mitgift. Das letzte Jahr als eigenständige Airline hat für die AUA mit enormen Verlusten geendet. Ursachen waren Wirtschafts- und Finanzkrise, hohe Spritkosten und Wertberichtigungen auf Flugzeuge. Der Nettoverlust lag 2008 bei 429,5 Mio. Euro. Der Verlust je Aktie belief sich auf 5,19 Euro. ■

## OeNB verbessert Prognose: Leichtes Wirtschaftswachstum für 2010

Die heimische Wirtschaft schrumpft weniger stark als erwartet, weshalb die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) ihre Konjunkturprognose angehoben hat und ein Ende der Rezession sieht. Präsentiert wurden die Daten am 1. September beim Europäischen Forum Alpbach: Heuer soll der Wirtschaftsrückgang laut OeNB-Gouverneur Ewald Nowotny 3,5 bis 3,8 % des BIP betragen, noch im Juni hatte man mit einem Minus von 4,2 % gerechnet. Für 2010 erwartet die OeNB eine positive Wachstumsrate zwischen null und einem Prozent. Dies sei die erste Anhebung der Prognose seit zwei Jahren, betonte Nowotny.

Allerdings gebe es große Unsicherheiten und man dürfe trotz der Verbesserung nicht übersehen, dass dies immer noch einen „massiven Rückgang“ darstelle. Sollte sich die Prognose bewahrheiten, würde Österreichs Wirtschaft Ende 2009 nur das Niveau von Ende 2006 erreichen. Als spezielle Problemfelder nannte Nowotny den Arbeitsmarkt und das Budgetdefizit. Man müsse mit einer deutlich höheren Arbeitslosigkeit rechnen. Das durch die Konjunkturpakete bedingte Defizit ließe sich erst nach einem konsolidierten Aufschwung reduzieren. Strukturereformen bei Altersvorsorge und Verwaltung müssten sofort angegangen werden. ■

## voestalpine: Ende der Kurzarbeit

Der Stahlkonzern voestalpine beendet vorzeitig die Kurzarbeit am größten Standort Linz. Ab 1. September arbeiten 3.470 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder voll. Die Nachfrage nach hochwertigen Flachstahlprodukten nehme in ganz Europa seit Sommer wieder deutlich zu, informierte das Unternehmen. ■

## Ministerin Bures will kleine und mittlere Unternehmen massiv fördern

Zum Auftakt der Alpbacher Technologiegespräche hat Infrastrukturministerin Doris Bures am 27. August eine Förderung von Forschungsprojekten kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) auf bis zu 45 Prozent angekündigt. Bisher hat die durchschnittliche Förderquote rund 25 Prozent betragen. Für das „Sofort-Hilfeprogramm“ sind 25 Mio. Euro bis Ende 2009 veranschlagt. Damit wolle man KMU anleiten, bei Forschung und Entwicklung keine Einsparung vorzunehmen. Einen „Innovationsstopp können wir uns in Österreich nicht leisten“, betonte Bures die Notwendigkeit von „antizyklischer“ Förderung. Als Anreiz für die KMU werde nun im Zuge der Initiative „Quick Start“ fast die Hälfte der Kosten für innovative Forschungsprojekte im Rahmen der Basisprogramme der Forschungsförderungsgesellschaft FFG getragen. Zielgruppe seien rund 3.000 KMU mit 60.000 Beschäftigten.

Ein Zukunftsfeld der Forschung – auch für Österreich – sieht Bures „in den grünen und Umwelttechnologien“. Man dürfe den „grünen Zug“ nicht verpassen und müsse sich Fragen widmen, wie zukünftige Mobilität aussehe und zu gestalten sei. Hier bildet für das Infrastrukturministerium die Elektromobilität einen Schwerpunkt. Ein „Masterplan zur Stärkung der Forschung“ in diesem Bereich, der bis Ende des Jahres vorliegen soll, werde neben der Motorenentwicklung auch „die gesamte notwendige Infrastruktur mitdenken“, etwa das Tankstellennetz für die E-Fahrzeuge. ■

## Minister Hahn forciert verbindliches Gesetz zur Forschungsfinanzierung

Wissenschaftsminister Johannes Hahn bezeichnete bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit Infrastrukturministerin Bures das von ihm geplante „Forschungsfinanzierungsgesetz“ als „sehr ambitionierten, geradezu visionären Ansatz“. Wenn man eine solche gesetzliche Verankerung des Budgetpfads für die Forschungsausgaben des Bundes bis 2020 schaffe, würde dies dem Forschungsstandort Österreich eine „einzigartige Grundattraktivität“ ermöglichen.

Hahn betonte, sich mit Bures darüber einig zu sein, dass ein solches Finanzierungsgesetz ein „wichtiger Ansatz“ sei.

Allerdings zeigten sich leichte Differenzen hinsichtlich des Zeitplans. Bures hält es für notwen-

dig, zuerst die Ziele im Rahmen der geplanten österreichischen Forschungsstrategie zu definieren, und erst dann abzuleiten, welche Mittel notwendig seien. „Zuerst muss man wissen, wo wir hin wollen, und dann klären, welches Volumen dafür notwendig ist“, meinte sie. Im Wissenschaftsministerium sieht man hingegen die Ausarbeitung der Strategie und des Forschungsfinanzierungsgesetzes als parallelen Prozess, das Gesetz sei finanzielles Rückgrat der Strategie, ohne das diese nicht stehen könne. Der Startschuss für die Erarbeitung der Forschungsstrategie soll laut Bures in einem der nächsten Ministerräte erfolgen, sie sei „Chefsache“.

Einig sind sich Bures und Hahn, dass Mittel aus der indirekten, steuerlichen Forschungsförderung, die aufgrund der Wirtschaftslage von den Unternehmen nicht ausgeschöpft werden, jedenfalls der Forschung zugute kommen sollen. ■

## Wiener Kulturförderung kurbelt die Wirtschaft an, schafft Arbeitsplätze

Kultur spielt als Imagefaktor und auch als Identität stiftendes Merkmal eine große Rolle. Dies gilt auch für Wien mit seinem einzigartigen Ruf als Kunst- und Kulturmetropole. Neben wichtigen ideellen und ästhetischen Kriterien spielen Kunst und Kultur auch als Wirtschaftsfaktor eine immer größere Rolle. „Die Kulturförderung der Stadt Wien rentiert sich. Jeder Euro an Subvention fließt mehrfach in die Wirtschaft und die öffentliche Hand zurück“, freuen sich der Wiener Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny und die Präsidentin der Wirtschaftskammer Wien, Brigitte Jank, über die Ergebnisse einer aktuellen IHS-Studie zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Wiener Kulturförderung, die kürzlich in Wien präsentiert wurde.

In der Studie wurde die Wirkung eines Großteils der von der Stadt Wien im Jahr 2007 ausgeschütteten Kultursubventionen berücksichtigt: 202 Mio. Euro öffentliche Kultursubventionen für städtische Einrichtungen lösten eine Wertschöpfung von 473 Mio. Euro aus, d.h. pro 100 Euro Subvention werden 230 Euro an Wertschöpfung generiert. Darüber hinaus wurden durch die Kulturförderung 6.700 Vollzeit Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert, davon allein 4.700 in Wien. In Form von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen fließen 145 Mio. Euro an die öffentliche Hand zurück.

Die Wertschöpfung in Höhe von 473 Mio. Euro wird durch die Löhne und Aufträge der von der

Stadt Wien geförderten Theater, Museen, Musikeinrichtungen und Festivals wie etwa den Wiener Festwochen ausgelöst. 70 Prozent der Wertschöpfung (326 Mio. Euro) bleiben in Wien, der Rest entfällt auf die übrigen Bundesländer bzw. das Ausland. Der Großteil der Wertschöpfung fließt in Form von Aufträgen in Wiener Unternehmen wie Ausstatter-, Bühnen- und Tontechnikunternehmen, Verlage, Werber, Kinobetreiber, Unternehmensberater, Autoren, Regisseure, aber auch ins Baugewerbe, den Handel und in Druckereien. Zusätzlich profitieren Hotellerie und Gastronomie.

„Die Studienergebnisse zeigen, dass Kultur und Wirtschaft eng zusammen gehören und dass ein Top-Angebot an Handwerksbetrieben und Dienstleistern, wie es sie in Wien gibt, Voraussetzung für einen erfolgreichen Kulturstandort ist, so WK Wien-Präsidentin Jank.

Ein weiterer wichtiger ökonomischer Effekt von Kulturförderung ist der Kulturtourismus. Denn Wien ist nicht nur eine der beliebtesten Kongressstädte, sondern zählt auch zu den weltweit führenden Kulturtourismus-Destinationen. Nach der jüngsten Wiener Gästebefragung kommen zwei Drittel aller Touristinnen und Touristen wegen des Kunst- und Kulturangebotes in die österreichische Bundeshauptstadt. Die Ausgaben dieser Touristen bewirkten laut IHS-Studie im Jahr 2007 für Wien eine Wertschöpfung von 442 Mio. Euro, wobei ein guter Teil davon durch die von der Stadt Wien geförderten Kultureinrichtungen und Festivals ausgelöst wurde.

Zu den wertschöpfungsintensivsten Kulturbereichen zählt eindeutig die Filmbranche. Laut IHS-Studie stehen 1 Mio. Euro Förderung in Film und Kino 3,4 Mio. Euro Wertschöpfung, 45 Vollzeit-arbeitsplätze und öffentliche Einnahmen in Höhe von 640.000 Euro gegenüber. Damit hat der Filmbereich den zweithöchsten Wertschöpfungsfaktor von allen geförderten Bereichen und wird nur von der Musik (4,1 Mio. Euro) überholt. Das Ergebnis spiegelt auch die rasante Entwicklung des österreichischen Films in der Vergangenheit wider, deren Höhepunkte der Oscar für Stefan Ružowitzky und die Goldene Palme für Michael Haneke in Cannes darstellen. Bei den Filmfestspielen in Venedig sind mehrere österreichische Filme im Wettbewerb, etwa Jessica Hausners „Lourdes“. Die Stadt Wien trägt dieser erstaunlichen Entwicklung mit einer kontinuierlichen Erhöhung der Filmförderung Rechnung. Dazu Kulturstadtrat Mailath-Pokorny: „Mit dem jüngst geschnürten Wiener Filmpaket wollen wir vor

allem diejenigen unterstützen, die für das österreichische Filmwunder zuständig sind, nämlich die Filmschaffenden“. So kann die neue TV-Filmförderung bereits nach einem halben Jahr eine erfreuliche Bilanz ziehen. 1 Mio. Euro Filmförderung für insgesamt 16 Projekte bewirkte einen Wiener Filmbrancheneffekt von 659 Prozent.

Ein wichtiger Teil des Wiener Filmpakets ist die von der Stadt Wien mit Unterstützung der Wirtschaftskammer Wien kürzlich ins Leben gerufene Vienna Film Commission (VFC). Als Service- und Beratungsstelle erleichtert sie (inter)nationalen Filmproduktionsfirmen die Dreharbeiten in Wien, unterstützt sie bei der Erlangung von Drehgenehmigungen und Förderungen.

Damit der Filmstandort Wien, in starker Konkurrenz zu Budapest und Prag, auf der Überholspur bleibt, bedarf es zusätzlicher Maßnahmen. Jank begrüßt daher das Vorhaben der Bundesregierung, einen Filmfonds zur Förderung des österreichischen Films einzurichten. Laut deutschen Berechnungen, wo es einen solchen Fonds bereits gibt, würden diese Förderungen einen wirtschaftlichen Multiplikator von 600 Prozent auslösen. „Die Wiener Filmindustrie erwirtschaftet jährlich eine halbe Milliarde Euro“, so Jank. „Die geplante Filmförderung nach deutschem Vorbild würde der Wiener Filmindustrie einen wichtigen Schub geben, auf den wir keinesfalls verzichten sollten“. ■

Linz 2009: „See this Sound“ – Sensationelle Ausstellung im Lentos

Die von Cosima Rainer kuratierte Ausstellung „See this Sound“ im Linzer Kunstmuseum Lentos präsentiert bis 10. Jänner 2010 erstmals umfassend und faszinierend die Vernetzung von Bildender Kunst und Medienkunst. Die gigantische Schau stellt sicherlich einen Höhepunkt im Veranstaltungsreigen der heurigen europäischen Kulturhauptstadt Linz dar.

Unsere heutige Erfahrungswelt ist geprägt von einer Allgegenwart audiovisueller Produkte und Strukturen, in denen sich die kulturelle Bild- und Tonproduktion medientechnisch, künstlerisch und marktstrategisch eng miteinander verschränkt. Darauf reagiert das Projekt „See this Sound“, das sich mit der Verbindung von Bild und Ton in Kunst, Medien und Wahrnehmung auseinandersetzt und unterschiedliche, Ansätze, Positionen und Umsetzungen zeitgenössischer Kunst und Kunstwissenschaft präsentiert und diskutiert. Die aufgezeigten Bezugfelder reichen von der Popkultur bis zur Wahrnehmungstheorie und Medien-

technologie.

Historisch wird die Entwicklung in verschiedenen Museumsräumen aufgerollt – von der „Augenmusik“ der 20er Jahre, dem „Absoluten Film“ mit seiner engen Verknüpfung von Film und Musik, über die „Symphonie Diagonal“ Viking Eggelings mit ihrer neuen Formensprache, die sogenannte „Grenzlinienkunst“ eines John Cage, die beginnende Fluxusbewegung von Yoko Ono und George Brecht, bis zu „Neuen Wahrnehmungsweisen“ mit Brion Gysin rotierender „Dreammachine“, die bei längerer Betrachtung Trance bewirkt. Auch der legendäre Komponist und Pianist La Monte Young ist mit seinem „Dream House“ vertreten, das ein hyperreales Seinsgefühl vermittelt und z.B. die Donau grellrosa erscheinen lässt. Dies nur einige der vorgestellten sensationellen Projekte, die noch greifbarer werden durch das Webarchiv [www.see-this-sound.at](http://www.see-this-sound.at) bzw. einen in Deutsch und Englisch erschienen Katalog mit zahlreichen Farbabbildungen; [www.lentos.at](http://www.lentos.at) ■

### Trauer um Paul Grosz

In der Nacht auf den 30. August ist Paul Grosz im 85. Lebensjahr gestorben. Von 1987 bis 1998 war er Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG), zuletzt deren Ehrenpräsident.

1925 als Sohn eines Kürschnermeisters in Wien geboren, konnte er mit seinem Vater der Deportation durch die Nazis entkommen. Bis Kriegsende gelang es ihm, sich als „U-Boot“ durchzuschlagen. 1950 emigrierte er in die USA, kam 1955 nach Österreich zurück. Zu Beginn seiner Amtszeit wurde auch Kurt Waldheim Bundespräsident. „Damals habe ich eine verunsicherte Gemeinde vorgefunden“ so Paul Grosz, die er bestärkte, „selbstsicherer aufzutreten“.

In die Amtszeit von Paul Grosz fielen u.a. die Einrichtung des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus und die Mauerbach-Auktion: Im Herbst 1996 versteigerte das Auktionshaus Christie's im Auftrag der IKG Kunstgegenstände, die ursprünglich von den Nazis geraubt und dann Jahrzehnte lang in der Kartause Mauerbach gelagert waren.

1992 verlieh der damalige Unterrichtsminister Rudolf Scholten dem IKG-Präsidenten den Berufstitel „Hofrat“. 1999 wurde er zum „Bürger“ der Stadt Wien ernannt.

Betroffen reagierte Bundespräsident Heinz Fischer auf die Nachricht vom Tod des feinen, stillen Mannes: „In den zwölf Jahren, in denen

Paul Grosz als Präsident an der Spitze der Israelitischen Kultusgemeinde gestanden ist, wusste er die Anliegen der jüdischen Gemeinde mit großem Verantwortungsbewusstsein, mit Effizienz und in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den staatlichen Institutionen unserer Republik zu vertreten“. ■

### 3raum-anatomietheater: Faszinierender Oscar Wilde in Kramars Regie

Im von Hubsi Kramar geleiteten 3raum-anatomietheater werden schon seit längerem die spannendsten Aufführungen in Wien gezeigt. Noch bis (vorläufig) 17. September geht in den schön-schaurigen Räumen der ehemaligen Hochschule für Veterinärmedizin Oscar Wildes 1894 uraufgeführtes Stück „Ein idealer Gatte“ über die Bühne. Hinter dem harmlosen Titel verbirgt sich eine in jedem Satz pointierte Attacke des irischen Genies (1854-1900) auf die sogenannte „beste Gesellschaft“, hinter deren sauberen Mantel sich Korruption und Bestechung verbergen – in einer brüchigen Welt, wo Politik und Hochfinanz heillos verknüpft scheinen. Wilde hatte damals die Zeit von Benjamin Disraeli, dem englischen Premier, vor Augen, der 1875 durch Zuwendung von Suezkanal-Aktien an seinen Partefreund Baron Rothschild, finanziell profitiert haben soll. Diese Situation ist Angelpunkt der Komödie, in der der ehrenwerte Sir Robert Chiltern (überzeugend als Redlichkeitsspieler: Markus Kofler) erpressbar wird – durch die aus London stammende und jetzt aus Wien kommende Mrs. Cheveley. Davon bekommt seine Frau (viktorianisch unbeugsam: Julia Karnel) lange Zeit nichts mit: Sir Robert steht nach etlichen Verrenkungen wieder mit weißer Weste da und gilt als integre zukünftige Politikerpersönlichkeit des britischen Imperiums.

Hubsi Kramar hat all dies präzise inszeniert, ohne die kleinste Anspielung auf gegenwärtige globalisierte Verhältnisse, was den Text, den die Schauspielerinnen und Schauspieler fein ausdifferenzieren, noch brutaler wirken lässt.

Die Diseuse Lucy McEvel gibt Mrs. Cheveley als Femme fatale – sicher ihrer erotischen Ausstrahlung wie eine Ava Gardner. Ihr kongenial sind aber bis zu den kleinsten Rollen alle anderen – vor allem Stefano Bernardin als intelligenter dandyhafter Lord Goring, der sich mit ihr und seinem altmodisch-prinzipienfesten Vater, den Kramar selbst spielt, die funkelndsten Dialoge liefert. Unbedingt sehenswert: [www.3raum.or.at](http://www.3raum.or.at). Tel. 0650/323 33 77. ■

## Sportminister Norbert Darabos begrüßt Generationswechsel im ÖOC

Der angekündigte Rücktritt von ÖOC-Präsident Leo Wallner läutet nach Ansicht von Sportminister Norbert Darabos einen Generationswechsel und eine Neustrukturierung im ÖOC ein. „Der Rücktritt von Leo Wallner ist der richtige Schritt in dieser für die olympische Bewegung so schwierigen Situation. Es ist Leo Wallner hoch anzurechnen, dass er die für ihn persönlich sicher nicht einfache aber für den Sport und das ÖOC notwendige Konsequenz gezogen hat. Er macht damit einen Generationswechsel und einen echten Neuanfang möglich“, so Sportminister Norbert Darabos in einer ersten Stellungnahme zum Rücktritt von ÖOC-Präsident Leo Wallner.

„Ich begrüße den derzeit laufenden Selbstreinigungsprozess im ÖOC“, sagt Darabos. „Ich habe den Eindruck, dass nun endgültig ein Umdenken stattgefunden hat und die Altlasten nicht länger unter den Tisch gekehrt werden. Die seit August 2008 im Raum stehenden Vorwürfe und Verdachtsmomente in Zusammenhang mit dem ÖOC und dem Olympia-Förderverein werfen kein gutes Licht auf den österreichischen Sport. Gerade die olympische Bewegung sollte über alle Zweifel erhaben sein. Um wieder Vertrauen aufzubauen, darf es aber nicht nur rein personelle Änderungen geben, es muss sich auch strukturell etwas ändern. Auch dazu gibt es bereits konkrete Lösungen der intern eingesetzten Strukturkommission“, so der Minister. ■

## Minister Darabos beruft Gesprächsrunde zu Stadion Klagenfurt ein

Sportminister Norbert Darabos greift den Vorschlag des Österreichischen Fußballbundes (ÖFB) auf und holt alle Beteiligten in Sachen Stadion Klagenfurt an einen Tisch. Der Minister will noch in diesem Monat im Sportministerium in Wien eine Gesprächsrunde zur Zukunft des Stadions Klagenfurt einberufen. Unterschiedliche Positionen und inhaltliche Divergenzen zwischen Stadt Klagenfurt und Land Kärnten über die künftige Dimension des Stadions machen einen „Stadion-Gipfel“ unter der Leitung des Sportministers notwendig. Um Klarheit zu schaffen will Darabos vermittelnd einwirken. „Ich bin an einer Lösung interessiert und daher gerne bereit, alle Beteiligten an einen Tisch zu holen“, sagt der Sportminister, der sich in den vergangenen Tagen ein umfassendes

des Bild über die derzeit verworrene Situation rund um das Stadion Klagenfurt verschafft hat. „Ich habe eine klare Vorstellung, wie es weitergehen sollte, und werde meine Position allen Beteiligten auch mitteilen“. Er sei aber „grundsätzlich gegen die Vernichtung von Infrastruktur. Fakt ist, dass die Lösung den Bedürfnissen der Region, den Wünschen der Bevölkerung und der vorhandenen Infrastruktur entsprechen und zudem finanzierbar sein muss“, so Minister Darabos abschließend. ■

## In Memoriam Toni Sailer – Minister würdigt Jahrhundertssportler

Bestürzt zeigte sich Sportminister Norbert Darabos vom Ableben Toni Sailers, Österreichs größten Sportler des 20. Jahrhunderts. Sailer war am 24. August 73-jährig seiner schweren Krebserkrankung erlegen. Schon mit 23 Jahren beendete er 1958 seine Schiläuferkarriere als dreifacher Olympiasieger und siebenfacher Weltmeister. Darabos: „Toni Sailer war eine der ganz großen Persönlichkeiten des österreichischen Sports. Er hat jahrzehntelang wie kein anderer Österreichs Schisport verkörpert. Als Sportler, als Star in Schi-Filmen mit Popularität bis nach Japan, später als Trainer, Funktionär und Organisator.“ Sein Tod reiße ein tiefes Loch in die Skifamilie. „Er war Vorbild für unzählige Menschen in unserem Land. Der Skisport hätte ohne Sportgrößen wie ihn nicht den Stellenwert, den er in unserer Gesellschaft hat. Mein Beileid gilt jetzt seiner Familie und seinen Freunden.“ Der „Schwarze Blitz aus Kitz“ wirkte von 1972 bis 1976 als Cheftrainer und Technischer Direktor des ÖSV. In dieser Zeit konnten die österreichischen alpinen Schiläufer und -läuferinnen den Nationencup von den bis damals dominierenden französischen zurückholen und ihn bis 1980 siebenmal verteidigen. Toni Sailer wurde am 29. August in seinem Heimatort Kitzbühel (Tirol) beigesetzt. ■

## Schöne Erfolge für unsere Segler

Internationale Erfolge gibt es wieder von unseren Seglern zu vermelden. Bei der Tornado-WM gewannen Thomas Zajac und Thomas Czaka die Silbermedaille. Zudem errang das Duo Nico Delle Karth und Niko Resch bei der EM in der 49er-Klasse vor Zadar die Bronzemedaille. Sportminister Darabos gratuliert den Medaillengewinnern sehr herzlich. ■